

Karlsruhe,

Telefon: 07 21 / 9 36 – 77 16

Fax: 07 21 / 9 36 – 51 32

E-Mail: suchtbeauftragter@
landratsamt-karlsruhe.de

**Suchtbeauftragter
Matthias Haug**

Aktenzeichen: IIIa.41
(Bei Antwortschreiben bitte angeben)

Antrag für den 3. Wettbewerb „Kommunale Suchtprävention“

Alkohol-Prävention vor Ort

Text für die Beschreibung des Wettbewerbsbeitrages 2. Auf Seite 3

Vorbemerkung

Mit der Initiative **„Wegschauen ist keine Lösung“** hat der Landkreis Karlsruhe die strukturellen Voraussetzungen für eine nachhaltige Verbesserung des Jugendschutzes und der Suchtvorbeugung geschaffen. Landkreisweit ist bei denen, die Erziehungsverantwortung tragen, die Kampagne auf viel Zustimmung gestoßen. Wie bekannt, erhielt der Landkreis Karlsruhe beim 1. Wettbewerb zur Kommunalen Suchtprävention 2002 für diese Aktion den Sonderpreis der gesetzlichen Krankenkassen. Die mit der Preisverleihung und der Presseberichterstattung verbundene Anerkennung trug zusätzlich zur allgemeinen Zustimmung für diese Aktion bei.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Landkreis Karlsruhe entschlossen, den Initiativnamen **„Wegschauen ist keine Lösung“** künftig als Label für alle Veranstaltungen im Landkreis Karlsruhe zu verwenden. Sowohl im Bereich der universellen und der selektiven Prävention als auch bei allen Maßnahmen, Aktionen oder massenmedialen Initiativen, die sich mit Jugendschutz und Suchtvorbeugung beschäftigen. Die Vorteile bestehen u. E. darin, dass:
Zuordnungsschwierigkeiten durch eine Vielzahl von Projektiteln bei der Zielgruppe vermieden werden, der Wiedererkennungseffekt für die Kreisbevölkerung höher ist und hinsichtlich der Qualität der Inhalte und Handelnden Klarheit besteht. Die im Folgenden beschriebenen Projektbausteine

- „auch morgen noch ein Sieger (7aus14)“,
- „Serviertabletts als Infoträger“ und
- Zertifikat „Jugendfreundlicher Verein“

sind Bestandteil der Gesamtinitiative **„Wegschauen ist keine Lösung“** und zielen darauf ab, überprüfbar und nachhaltig den Alkoholmissbrauch auf Vereinsebene zu reduzieren.

Das Handlungsfeld - der Landkreis Karlsruhe

ist mit 420.000 Einwohnern auf 1000 qkm der zweitgrößte im Badischen Landesteil. Nach den Raumkategorien des Landesentwicklungsplans leben lediglich noch 8,5 Prozent der Bevölkerung des Landkreises Karlsruhe im so genannten **„ländlichen Raum im engeren Sinne“**. Die demografische Struktur der Einwohnerschaft und die soziokulturellen Bedingungen für den überwiegenden Teil der Kreisbevölkerung haben sich nachhaltig verändert. Stichworte hierfür sind: Trennung zwischen Wohn- und Lebensbereich, verringerte soziale Kontrolle, Zuzug von jungen Familien, weniger Verwandtschaftsverhältnisse, Doppelverdiener, lange Schulwege und wachsende Anonymität. Mit der zunehmenden Urbanisierung, der erhöhten Mobilität und veränderten Einkommensverhältnissen nehmen Abhängigkeitsprobleme jeglicher Schattierung zu. Die Aufgabe des Landkreises Karlsruhe ist es daher, eine effiziente kommunale Infrastruktur, die dieser Entwicklung Rechnung trägt, zur Suchtprävention zu entwickeln.



Die Handelnden

Bei der Weiterentwicklung zuverlässiger kommunaler Strukturen musste auch ein deutlicher Hinweis auf die darin handelnden Akteure gegeben werden. Erfreulicherweise ist zwischenzeitlich die Arbeitsgemeinschaft Sucht (Administration, Träger der Suchthilfe und Bürgerschaftlichem Engagement) weitgehend etabliert und durch ihre Verbindung des professionellen mit dem bürgerschaftlichen Hilfesystem anerkannt. (siehe Kopfbogen)

Von zentraler Bedeutung ist die Steuerung. Durch die Vielzahl der verantwortlichen Tätigen konnte in der Vergangenheit nicht immer die Verbindlichkeit, die zur nachhaltigen Verbesserung beigetragen hätte, auf örtlicher Ebene erreicht werden. Daher werden alle künftigen Maßnahmen zur Verbesserung der örtlichen Suchtprophylaxe unter kommunaler Steuerung vorgenommen.

Handlungsauftrag - Situationsanalyse

Notwendig war zunächst eine differenzierte Situationsanalyse. Diese Problembeschreibung sollte auch vor Ort Handlungsbereitschaft fördern. Welche Probleme mit welchen Suchtmitteln plagen die Menschen vor Ort? Woran erkennt man funktionierende Suchtvorbeugung? Wie hoch ist die Kenntnis und somit die Erreichbarkeit des professionellen Hilfesystems? Welche Ressourcen stehen vor Ort zur Verfügung? Im Jahr 2003 beschloss daher der Landkreis Karlsruhe eine Befragung von Schlüsselpersonen (Anlage).

Befragung von Schlüsselpersonen -

Zusammen mit dem Institut für Therapieforschung (IFT) in München und dem Badischen Landesverband für Prävention und Rehabilitation (blv.) wurden in allen 32 Städten und Gemeinden des Landkreises Karlsruhe Schlüsselpersonen nach der Qualität der örtlichen Suchthilfe und der Suchtvorbeugung befragt. In einem 27 Punkte umfassenden Fragebogen wurden insgesamt 262 Personen eingehend über Funktionsweise und Qualität, aber auch über örtliche Defizite interviewt (Anlage).

Alkohol als Hauptproblem

Dabei wurden Alltagsdrogen, wie Alkohol und Tabak, als das größte Suchtproblem im Landkreis wahrgenommen. Die Suchtprävention sollte sich daher insbesondere auf diese Substanzen konzentrieren. Probleme im Zusammenhang mit Alkohol und Tabak finden ihren Niederschlag in der Öffentlichkeit, in Form von Verschmutzung, Gewalt, Aggressivität, Sachbeschädigung und Lärmbelästigung. Die methodischen Anregungen aus der Befragung hierzu lauteten:

Suchtpräventive Maßnahmen müssen gebündelt werden, um eine größtmögliche Wirkung in der Bevölkerung zu erzielen. Maßgeblich für die Ausrichtung unserer Arbeit ist auch, dass nach Einschätzung der Ergebnisse „Einzelaktionen oder alleinige Aktionen, wie nur Aufklären oder Kontrolle, wenig Erfolg versprechend sind.“ Maßnahmen der Erziehung, der Aufklärung von Jugendlichen und Erwachsenen, strukturelle Maßnahmen der Verfügbarkeitsbeschränkung sowie Kurzintervention bei Risikogruppen sollen gleichwertige Bestandteile einer integrativen Suchtprävention sein.

Zielgruppe: Eltern und Verein

Die Präsentation der Ergebnisse durch Vertreter des Suchthilfesystems und des IFT München führten zu einer Umgestaltung und Systematisierung nachfolgender Präventionsaktivitäten. Als besonders defizitär wird von den befragten Schlüsselpersonen Suchtvorbeugung im Verein gesehen. Vereine, meist auf Tradition und Brauchtum bedacht, haben sich in den letzten Jahrzehnten nur unzureichend an die gewachsenen Jugendschutz- und Vorbeugungserfordernisse angepasst.

Lokale Agenda – Gemeindespezifische Auswertungen

Als weiteres Ergebnis der Studie erhielt jede der 32 Städte und Gemeinden im Landkreis Karlsruhe eine Einzelauswertung der örtlichen Problemlage mit einer fachlichen Bewertung und einer darin enthaltenen Handlungsempfehlung (s. Anlage).

„Auch morgen noch ein Sieger“ – 7 aus 14

Vor dem oben genannten Hintergrund war eine ausreichende Grundlage geschaffen, um auf der kommunalen Ebene die schwierige Aufgabe „Verbesserung des Jugendschutzes im Verein“ anzugehen. Vereine sind für die Wahl eines Gemeindeoberen von großer Bedeutung. Diese wiederum können es die Kreisverwaltung empfindlich spüren lassen, wenn sie ihrerseits zu einer unerwünschten Maßnahme (z. B. Vorbeugung im Verein) veranlasst werden. Es galt daher, das Thema Alkohol im Verein sorgfältig und sensibel zu behandeln. Gleichzeitig musste der Start so überzeugend sein, damit der erhebliche Widerstand, mit dem zu rechnen war, nicht die positive Zielerreichung blockierte.

Wir entschieden uns daher für eine Modifikation der Initiative „7 aus 14“ aus dem Landkreis Passau. Diese konnten wir als „andernorts bewährtes“ Konzept bei der Auftaktveranstaltung einer Öffentlichkeit von über 450 Personen aus Vereinen, schulischer Elternschaft, bürgerschaftlicher Engagierten und Fachleuten vorstellen. (Warum sollte etwas, was in Passau läuft, nicht auch im Landkreis Karlsruhe funktionieren?) Wichtig war, dass der Landrat des Landkreises Karlsruhe, sich deutlich für diese Initiative aussprach. Trotzdem war, wie erwartet, der Start eher zögerlich. Die Bedenken auf Vereinsseite waren -

wie erwartet - umfangreich: „Wie sollen wir unsere Kosten decken? Warum stellt man uns an den Pranger? Warum mischt sich der Staat in unsere Freizeit? Getrunken wird immer usw.“ Auch die Presseberichterstattung war eher lau und keineswegs von der Langlebigkeit des Projekts überzeugt. (Anlage)

Vorbereitung und Start

In dieser Phase des Starts bewährte sich die gründliche Vorarbeit: Sämtliche Kreistagsfraktionen, alle Akteure aus dem Bereich der Suchthilfe und organisierte Elternschaft, stand hinter dem Projekt. Für die Mitwirkung an der Initiative wurden gewichtige Preise (Lionsclubs im Landkreis Karlsruhe) ausgelobt: Für jeweils 20 Vereinsmitglieder Teilnahme an einem Bundesligaspiel, Flug mit Heißluftballon und Tag auf einem Hochseilpark. Die Mitwirkung an der Initiative erfolgt auf freiwilliger Basis.

Die Bereitschaft der Bürgermeister, diese Empfehlung mit Nachdruck bei ihren örtlichen Vereinen zu vertreten, war – wie erwartet – in etlichen Kommunen zögerlich. Bis Sommer 2005 wurde in verschiedenen Schreiben (Rundverfügung des Landrates, Projektunterlagen mit Hilfeangebot, Rückmeldebögen und neue Angebote) an die Gemeinden wiederholt auf das Projekt aufmerksam gemacht.

Wachsende Zustimmung

Vandalismusschäden bei der laufende Festsaison teilweise in 6-facher Eurosumme und die zunehmende Unplanbarkeit von örtlichen Straßen- und Vereinsfesten überzeugte eine Gruppe junger Bürgermeister überraschend und eindeutig zur Notwendigkeit dieser Initiative. Diese Avantgarde von Rathauschefs sorgte innerhalb kurzer Zeit dafür, dass in etwa der Hälfte der Kreiskommunen von den jeweiligen Vereinen **verbindliche Standards** zum Jugendschutz eingefordert werden konnten. Der Grundtenor dieser Gemeindeoberen lässt sich als deutliche Aufforderung verstehen, dass die Vereine die Minimalstandards von „7 aus 14“ freiwillig, aber verbindlich, zu übernehmen haben. Derzeit wächst die Zahl der Bürgermeister, die auf eine freiwillige Übernahme dieser Regelung beharren, aber laut Überlegungen anstellen, die Vereinsförderung künftig an die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen zu koppeln.

Serviertablets als Informationsträger

Zur Förderung der Initiative wurden Serviertablets mit eingedrucktem Jugendschutzgesetz entwickelt. Diese Initiative aus der Mitte der aktiven Bürgermeister hatte einen weiteren Sympathie- und Akzeptanzschub bei den Vereinen („die fordern nicht nur, sondern geben auch was“) und bei den verschiedenen Medien zur Folge. Zunehmend wurde eine notwendige Veränderung in der Vereinslandschaft sachlicher und lösungsorientiert diskutiert. Die „Tablettaktion“ wurde ebenfalls in die Initiative „Wegschauen ist keine Lösung“ eingebunden und mit Sponsoren realisiert: „Diejenigen, die es am meisten brauchen und Getränke servieren, haben die Jugendschutzbestimmungen somit unmittelbar vor Augen,“ formulierte es ein Vereinsvorstand. Anfangs kostenfrei zur Verfügung gestellt, wurden zwischenzeitlich 1 400 Exemplare (!) zum Preis von 3,50 € über den gesamten Landkreis Karlsruhe verkauft. Mit der gestiegenen Zustimmung, verbesserten sich auch die Ergebnisse. Sieben Monate nach Start der Initiative haben bereits in zwei Drittel aller Kreiskommunen Veranstaltungen mit den örtlichen Vereinen, den Vereinsoberen bzw. die Terminierung hierzu stattgefunden.

Zertifizierung „Jugendfreundlicher Verein“

Die Initiative „7 aus 14“ ist für Vereins- und Straßenfeste konzipiert. Diese lassen sich jedoch - für den einzelnen Verein - auf wenige Tage im Jahr reduzieren. Soll die Initiative dem Kriterium der Nachhaltigkeit entsprechen, muss auch eine Verbesserung des Vereinsalltags erreicht werden. In Gesprächen der Projektträger mit den Vereinsvorständen und dem Badischen Sportbund wird, ergänzend zum *öffentlichen* Bereich des Vereines, eine *interne* Zertifizierung „Jugendfreundlicher Verein“ entwickelt. Dieses Gütesiegel, gebunden an definierte Qualitätskriterien, wird vom Landkreis Karlsruhe vergeben und überprüft werden. Es soll speziell jungen Familien den Zugang in den Sportverein erleichtern („Mein Sohn soll Fußball spielen und nicht Saufen lernen“) Die Zertifizierung ist derzeit in Arbeit und wird u. A. folgende Kriterien enthalten:

- Jugendleiter werden zum Jugendschutz informiert/geschult.
- Das Jugendschutzgesetz ist in den Vereinsräumen in verständlicher Form und gut sichtbar anzubringen (Anlage).
- Bei allen Vereinsaktivitäten (interne Feiern, Turniere, Heim-/Auswärtsspiele, Freizeiten, Grillfeste, Ferienaktionen und geselligem Beisammensein) findet das Jugendschutzgesetz volle Anwendung.
- Bei öffentlichen Veranstaltungen des Vereines wird die Aktion „7 aus 14“ angewandt.
- (Weitere Kriterien sind in Arbeit)

Das Gütesiegel „Jugendfreundlicher Verein“ sichert den vollen kommunalen Zuschuss für die Vereinsarbeit. Mit der Zertifizierung soll im Jahr 2006 die Gesamtinitiative ein vorläufiges Ende finden.

Evaluierung

Eine Ergebniskontrolle gestaltet sich durch die Auszählung der Rückmeldebögen vergleichsweise einfach. Die Rückgabe der ausgefüllten Bögen bestätigt zumindest, dass ein „Jugendbeauftragter“ benannt wurde und eine Beschäftigung mit Jugendschutz und Suchtvorbeugung stattgefunden hat. Die wachsende Zahl „Ehrenamtlicher Jugendschutzbeauftragter“ (Kümmerer) vor Ort verbessert darüber hinaus die Selbstkontrolle auf Gemeindeebene.

Zusammenfassung

In der Fläche eines Landkreises sind einheitliche Handlungsstandards besonders wichtig. Nach dem oben genannten vorliegenden Zwischenergebnis erscheint eine umfängliche Einstellungs- und Verhaltensänderung der örtlichen Vereine realistisch. Die große Sorge der Vereinsverantwortlichen, in der Auseinandersetzung mit trinkenden oder betrunkenen Jugendlichen allein gelassen zu werden, wurde von den Gemeinden, den Ordnungsämtern bzw. der Polizei ernst genommen. Bereits im Vorfeld künftiger Vereins- und Straßenfeste soll den Gruppen derer, die Alkohol mitbringen oder bereits betrunken zur Veranstaltung erscheinen, das Interesse an den Veranstaltungen genommen werden.

Viele Verantwortliche im Verein fühlen sich durch die Maßnahmen im Vorfeld der Veranstaltungen mit Ehrenamtlichen, Medien, Schule, Eltern, gestärkt. So kann sie einer Gruppe anonymer Jugendlicher besser begegnen. Begleitet und diskutiert wird die Gesamtinitiative derzeit auch bei vielen Elternabenden, in den örtlichen Jugendzentren und bei den Jugendorganisationen der politischen Parteien.

Fazit

Die Bündelung zahlreicher Einzelmaßnahmen in Verbindung mit den geschaffenen strukturellen Voraussetzungen hat der örtlichen Suchtvorbeugung im Landkreis Karlsruhe zwischenzeitlich ein völlig anderes Gesicht verliehen. Dramatisierung und Bagatellisierung, beides wenig hilfreich, weicht in den Kreiskommunen einer eher sachlichen und konstruktiven Auseinandersetzung mit einem allgemein gesellschaftlichen Problem. Das „Fingerzeigen“ auf den jeweils Schuldigen ist erkennbar zurückgegangen.

Perspektiven

Für die Einhaltung und Überprüfung der erreichten Standards im Verein, werden auch im Landkreis Karlsruhe im geringeren Umfang auch weiterhin Kapazitäten gebraucht. Entsprechend den Ergebnissen der Expertise, wird mit dem kommenden Jahr ein geeignetes Instrumentarium für die Verbesserung des Jugendschutzes und der Suchtvorbeugung im Bereich der Elternschaft zu entwickeln sein.


Matthias Haug